

Resolution der Bezirkskonferenz in Bochum am 26.11.2011

Ver.di wirft Bochumer Rat Wortbruch vor

Mit den Haushaltsberatungen der Stadt Bochum für das Jahr 2012 steht die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vor einer der härtesten Auseinandersetzungen ihrer Geschichte mit der Stadt Bochum. Stadtverwaltung und Bezirksregierung wollen mit den anstehenden Haushaltsbeschlüssen die Weichen in Richtung auf die Streichung von ca. 1000 Arbeitsplätzen stellen. In dieser schwierigen Situation hat sich der Rat der Stadt Bochum am 24.11.2011 mehrheitlich entschieden, ver.di ein äußerst heftiges Kampfsignal zu senden. SPD, Grüne und CDU entschlossen sich, gemeinsam Wort zu brechen: die erst im Mai diesen Jahres mit einem Ratsbeschluss gegebene Zusage, dass die Interessen der Beschäftigten bei der Umwandlung der städtischen Alten- und Pflegeheime in ein privatwirtschaftlich organisiertes Unternehmen tarifvertraglich geregelt werden, wurde zurückgenommen. Dies stellt einen in Bochum bisher nicht dagewesenen Wortbruch von Politik und Verwaltung gegenüber ver.di dar.

Diese Kampfansage von Politik und Verwaltung an die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Beschäftigten nehmen wir auch deshalb besonders ernst, weil sie mit äußerst unredlichen - im Grunde verlogenen Argumenten – begründet wurde. Der Wortbruch von Seiten der Politik wird damit begründet, dass ein Tarifvertrag nicht mit den Vorgaben des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) zu vereinbaren sei. Dazu stellen wir fest:

1. Zu Beginn der Gespräche über die Umwandlung der Alten- und Pflegeheime legte die Stadtverwaltung einen Tarifvertrag der Stadt Oberhausen - die Mitglied im KAV ist – vor, in dem in einem vergleichbaren Fall die wesentlichen Punkte so geregelt wurden, dass die Stadtverwaltung uns dies als Referenz empfahl.
 2. Ganz aktuell haben die Bochumer Stadtwerke - eine hundertprozentige städtische Tochter und ebenfalls Mitglied im KAV - in diesem Jahr zwei Tarifverträge bei Umwandlungen in ihrem Geschäftsbereich mit ver.di abgeschlossen.
 3. Die Akteneinsicht im Fall der Alten- und Pflegeheime hat eindeutig gezeigt, dass die Verwaltung darum bemüht war, den Ratsbeschluss zum Abschluss eines Tarifvertrages zu unterlaufen. Sie ist damit nicht ihrer gesetzlichen Aufgabe gerecht geworden, den entsprechenden Ratsbeschluss umzusetzen.
- SPD, CDU und Grüne sind der wortbrüchigen Linie der Verwaltung gefolgt und haben

Resolution der Bezirkskonferenz in Bochum am 26.11.2011

damit signalisiert, dass wir als gewerkschaftliche Interessenvertretung der Beschäftigten nicht einmal darauf vertrauen können, dass ihre Zusagen auch nur ein halbes Jahr lang Gültigkeit haben.

Wir nehmen als Gewerkschaft diese Kampfansage entschlossen an und werden die anstehenden Haushaltsberatungen entsprechend begleiten.

Wir haben in den letzten Wochen mit großem Erschrecken wahrnehmen können, wie einige sich offensichtlich die Zukunftsperspektive der Daseinsvorsorge in Bochum vorstellen können. Die durch Kürzungsbeschlüsse verursachten personellen Engpässe haben in der Stadtverwaltung dazu geführt, dass im Ausländerbüro der Stadt Bochum keine geregelte Erfüllung der kommunalen Verpflichtungen mehr möglich war. Statt das notwendige Personal zur Verfügung zu stellen, um wieder als Behörde handlungsfähig zu sein, wurden Polizei und bezahlte Sicherheitskräfte eingesetzt, um den verständlichen Unmut der Hilfesuchenden zu reglementieren.

Wir als Gewerkschaft haben eine gänzlich andere Vorstellung von einer lebens- und lebenswerten Stadt. Wir werden in den nächsten Monaten dafür kämpfen, dass die Angriffe auf die Daseinsvorsorge in Bochum entschlossen zurückgewiesen werden. Dabei werden wir Zusagen von Politik und Verwaltung äußerst misstrauisch begegnen.

Die Überleitung der Arbeitsverhältnisse der Beschäftigten in den Alten – und Pflegeheimen soll nun nur durch einen Personalüberleitungsvertrag geregelt werden. Wichtige Sachverhalte, wie z.B. der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen, Besitzstandswahrung usw. sollen durch eine Nebenabrede zum Arbeitsvertrag vereinbart werden. Die Beschäftigten der Alten- und Pflegeheime konnten während der Ratssitzung am 24.11.2011 ihre Enttäuschung nicht verbergen. Allerdings will man bei der Abstimmung des Textes der Nebenabrede den Personalrat beteiligen. Da die überwiegende Mehrheit der Personalräte bei ver.di organisiert ist, sitzt ver.di dann doch wieder mit am Tisch.